

Beim Abdruck von Anzeigen  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 282-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Doernicke-Verlag GmbH.  
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der Finanzskandal des Rechtsblocks.

Gesamtentschädigung 715 Millionen, bereits ausgezahlt 655 Millionen.

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Programmverkündung das Ziel verkündet, die „innere Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens“ wiederherzustellen. In die Sprache der Deutschnationalen übersetzt heißt das: Es soll „reiner Tisch für saubere, ehrliche, anständige politische Arbeit geschaffen“ werden. Das ist ein schönes Ziel. Nur ist es kein Monopol der Rechtsregierung oder gar der Deutschnationalen, sondern bereits bisher das Bestreben aller anständigen Menschen gewesen.

Das Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichstanzler Dr. Luther vom 27. Januar aber läßt den Schein von der Bräutigam derjenigen, die am Staat verdienen wollen, und die dabei weder an Anstand, noch an Sauberkeit, noch an Moral oder ähnlichen schönen Grundsätzen denken. Um was handelt es sich? Zwischen dem Reich und den Ruhrindustriellen ist unter sorgfältiger Geheimhaltung der Verhandlungen an sich und ihres Abschlusses eine Vereinbarung getroffen worden, die den Ersatz aller Schäden herbeiführen soll, die in den letzten beiden Jahren im Ruhrgebiet entstanden sind. Um ein solches Abkommen zu ermöglichen, hat die Reichsregierung im „Reichsanzeiger“ (nicht einmal im „Reichsgesetzblatt“) eine kaum beachtete „Bekanntmachung“ erlassen, die eine unbeschränkte Entschädigungspflicht des Reiches festlegt. Diese Bekanntmachung ist eine reine Verwaltungsanordnung, die sich auf keinerlei Gesetz, hat nie irgendeine gesetzgebende Körperschaft beschäftigt, wird im Reichsgesetz überhaupt nicht erwähnt, befaßt aber das Reich mit einem Betrage von vielen hundert Millionen Mark.

Trotz allem Angewöhnlichen, das in Deutschland während des Krieges und während der Inflation sich ereignet hat, ist diese Handlung der Reichsregierung wohl das Schlimmste. Man stelle sich vor, daß ohne gesetzliche Unterlagen, allein durch das Ermessen der Verwaltung einer Handvoll Großindustrieller mehr als eine halbe Milliarde Goldmark, also fast drei Viertel der Summe, die uns als ausländische Anleihe gegeben worden ist, als Entschädigung gegeben wird, nicht etwa als rückzahlbarer Kredit. Obwohl es sich um keine unaufschiebbare Maßnahme handelt, obwohl der Reichstag versammelt ist, wird er nicht gefragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. Ja noch mehr. Das Geld ist bereits zum erheblichen Teil ausgegeben, eine Verminderung der Zustimmung zu dieser Ausgabe durch das Parlament also gewaltig erschwert.

Ist das nicht ein viel größerer Skandal als alles, was im Zusammenhang mit Kautzner, Barmat, Michael an den Tag gekommen ist? Dort Unterlassungen oder Vergehen untergeordneter Stellen, hier Entscheidungen höchster Behörden, wenn nicht gar der gesamten Reichsregierung, wie man eigentlich annehmen müßte. Man hat im Fall Barmat mit Recht kritisiert, daß hohe Beamte, die mit der Kreditgewährung bei der Staatsbank zu tun hatten, später in die Dienste des Reichsverbandes der Industrie getreten sind? Hat die Reichsregierung, als sie diese betrüblichen Stellenwechsel erfuhr, nicht die Notwendigkeit erkannt, etwa vorher bestandene Beziehungen nachzuprüfen?

Aus den vielen Fragen, die durch das Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aufgeworfen werden, wollen wir für heute nur noch wenige herausgreifen. Auch diejenigen, die prinzipiell den Anspruch der Ruhrindustriellen auf Entschädigung tatsächlich erlittener Verluste anerkennen, werden zugeben müssen, daß die einwandfreie Abschätzung des Schadens außerordentlich schwierig ist. Sie läßt sich nicht lösen, wie es die Reichsregierung getan hat, nur durch Verhandlungen mit den Industriellen allein. Ein Vertrag am Reich ist bei dieser Methode überhaupt nicht zu vermeiden. Nur wenn die Arbeiter und die Angestellten zu dieser Schätzung mitarbeiten, wenn die Deffektivität ihrer Methoden zu kontrollieren vermögen, wenn die Bewilligung abhängig ist von der Zustimmung des Parlaments, ist einigermaßen Sicherheit gegenüber Heberverteilung gegeben. Von all dem ist aber nicht die Rede gewesen. Man weiß nicht einmal, welche Preise den Entschädigungsansprüchen zugrunde gelegt sind und ob die wegen der Ertragung der Ricum-Lasten durch die Ruhrindustrie stark erhöhten Preise für die frei verkauften Kohlen abgerechnet wurden.

Ebenso wichtig ist die Frage, ob die Entschädigungen, die die Ruhrindustrie während des Ruhrkampfes erhalten hat, angerechnet wurden. Damals hat das Reich Woche für Woche einen erheblichen Teil der Löhne gezahlt. Es hat hundert Millionen Mark für die sogenannten unproduktiven Aufwendungen. Papiermarkkredite

in unbeschränkter Höhe gab die Reichsbank. Gewaltige Kredite sind geflossen aus der Reichskasse, auch sie zum Teil als Papiermarkkredite. Daneben sind auch erhebliche Beiträge aus der Gewerblichen Hilfskasse geflossen. Und wenn man ferner an die großen Gewinne denkt, die die größten dieser Unternehmungen, die Stinnes, Thyssen, Krupp usw., durch die Ausgabe von Rotgeld erzielt haben, dann erscheint es einem völlig undenkbar, daß nun noch eine Entschädigung von 600 Millionen Goldmark in Frage kommen soll.

Auf alle diese Fragen hat die Reichsregierung im Haushaltsauschuß des Reichstags noch keine Antwort gegeben. Der neue Finanzminister Schlieben aber hat unter dem Druck der Fragen des Genossen Hermann Müller bestätigen müssen, daß der Reichsregierung eine gesetzliche Grundlage für ihre Handlung fehle, daß sie das Budgetrecht des Reichstags aufs schwerste verletzt habe. Und wenn er auf die klare Frage des Genossen Hermann Müller, ob ein Brief des Reichstanzlers Stresemann vom 12. November 1923 die einzige Grundlage für das Verhalten der Reichsregierung sei, geantwortet hat, ihm die Beantwortung dieser Frage zu erlassen, so kennzeichnet das nur die tödliche Verlegenheit, in die die Reichsregierung durch die sozialdemokratische Aktion gekommen ist.

So sieht die erste Tat der Reichsregierung aus. Sie beginnt ihre Arbeit, indem sie den Ruhrindustriellen die Millionen, die diese den Rechtsparteien im Wahlkampf zur Schaffung des Rechtsblocks gegeben haben, hundertfach zurückzahlt. Begreifen die großen Massen des deutschen Volkes, warum die Herren von der Deutschen Volkspartei, von den Deutschnationalen und vom rechten Flügel des Zentrums eine Rechtsregierung wollen? Und begreifen man jetzt den Sinn der Erklärung von Stresemann, daß „die großen Fragen wirtschaftlicher Natur bei der dogmatischen Einstellung weiter sozialistischer Kreise mit einer sozialistisch-bürgerlichen Koalition nicht zu lösen sind“?

Sie haben recht, diese Herren vom Rechtsblock. Die Ausplünderung der Reichskasse, der Raub der Steuergelder der Masse der minderbemittelten Bevölkerung zugunsten weniger großer Kapitalmagnaten ist mit der Sozialdemokratie nicht durchzuführen. Die Sozialdemokratie fordert von dem Rechtsblock Rechenschaft. Wir sind gewiss, daß wir in dieser Frage auf die Unterstützung des gesamten Volkes rechnen können, das an einer ehrlichen, sauberen Finanzpolitik interessiert ist und es als keine Pflicht ansieht, daß in erster Linie das große Anrecht wieder gutgemacht wird, das an den Inflationsgeschädigten aller Art verübt wurde.

### Enthüllungen im Haushalts-Auschuß.

Im Haushaltsauschuß des Reichstags wurde heute vormittag die Debatte über den Finanzstand bei den Ruhrschädigungen fortgesetzt. Die sozialdemokratische Fraktion legte einen weiteren Antrag vor, der verlangt, daß bei der gesetzlichen Regelung der Ansprüche von Ruhrschädigten, Liquidationsgeschädigten und Inflationsgeschädigten wegen der beschränkten Mittel des Reichs der Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung aller Ansprüche durchzuführen sei.

Sodann ergreift

Staatssekretär Dr. Fischer

vom Reichsfinanzministerium das Wort. Nach einer vertraulich zu behandelnden Mitteilung über die Lage im Ruhrgebiet während und bei Abbruch des passiven Widerstandes bestätigt er zunächst, daß die Entschädigungsaktion aufgebaut ist auf Briefen des damaligen Reichstanzlers Dr. Stresemann an die Ruhrindustrie, in denen ihr voller Ersatz für alle Schäden durch das Reich zugesichert wurde. Die Frage, ob der Reichstanzler oder die Reichsregierung zu einer solchen Zusage berechtigt war, ist damals überhaupt nicht aufgeworfen worden!

Fischer begründet sodann die Notwendigkeit der vollen Entschädigung der Ricum-Lieferungen. Die Ruhrindustrie habe diese Lasten nicht so lange tragen können, bis das Sachverständigenurteil in Kraft getreten sei. Deshalb habe man ihr bereits im Frühjahr 1924 große Kredite, später, nach dem Abschluß des Londoner Abkommens, erhebliche Abschlagszahlungen geleistet. Weitere Zahlungen seien bei Abschluß der Vereinbarung gestattet worden. Die Verhandlungen zwischen dem Reich und den Beteiligten sind Ende Dezember 1924 zum Abschluß gekommen. Sie wurden geführt mit der rheinisch-westfälischen Zechen (durch die sogenannte Sechserkommission), mit den Zechen des Bochener Reviers und der Braunkohle, mit der Rheinisch-Westfälischen, Chemische usw. Während des passiven Widerstandes sind ferner Beschlagnahmungen großer Vermögenswerte erfolgt. Dafür sind die Entschädigungen auf Grund des Obligationenleistungsgesetzes durch die Feststellungsbehörden zu treffen gewesen.

Angeht die Währungsverhältnisse waren im Herbst 1923 die Leistungen nicht mehr weiter zu führen. Sie wurden eingestellt und später auf Grund des Obligationenleistungsgesetzes und des Sonderverfahrens über die Ruhrschäden wieder in Gang gesetzt. Es handelte sich nicht um Beschlagnahmungen potentieller Firmen, so verbleibt hier treuhänderisch der Staatssekretär, sondern daran seien Personen des gewerblichen Mittelstandes in erheblichem Maße beteiligt, wie überhaupt die große Masse der rheinisch-westfälischen Bevölkerung betroffen gewesen sei. Der größte Teil der Ansprüche entfällt jedoch auf die Ricum-Lieferungen, der kleinere Teil auf andere Schäden.

Großes Aufsehen erregt die weitere Mitteilung des Staatssekretärs, daß eine Auslegung der Zahlungen an die Ruhrkohle-A.G., wie sie die Sozialdemokratie verlange, nicht mehr erfolgen könne, denn alle Zahlungen seien bereits erfolgt. (Lebhaftes Hört, Hört!)

Andere Zahlungen seien vereinbart oder ständen vor dem Abschluß. Ueberall seien erhebliche Abschlagszahlungen erfolgt. Es stehen nur noch geringe Summen aus (Lebhaftes Hört, Hört!), und zwar nur in Sonderverfahren! Der Staatssekretär schließt seine Ausführungen mit der Ankündigung, daß die Regierung zugleich mit der Denkschrift um Indemnität nachsuchen werde.

Abg. Hermann Müller - Franken (Soz.):

Es ist uns auseinandergelegt worden, aus welchen Motiven und unter welchen Umständen Herr Stresemann die Briefe — uns war nur der Abgang eines Briefes bekannt, während sich jetzt herausstellt, daß mehrere Briefe geschrieben worden sind — an die Ruhrindustriellen geschrieben hat. Ich kann von meinen gestrigen Ausführungen kein Wort zurücknehmen.

Es kann unter keinen Umständen angegeben, und ich warne ausdrücklich für alle Zukunft, daß ein Minister, und lei es der Reichstanzler selbst, sich das Recht herausnimmt, Briefe an eine industrielle Interessengruppe zu schreiben, in welchen ihr Entschädigungen zugesichert werden, die zu einer Reichsausgabe von 600 Millionen Mark geführt haben. (Zurufe bei den Soz.: Das ist Korruption, schlimmste Korruption, von der Sie (nach rechts) allerdings nichts wissen wollen, wenn es sich um Ihre Leute handelt.)

Dieses Verfahren verdient um so härtere Beurteilung, als heute noch nicht einmal feststeht, auf welcher gesetzlichen Grundlage gehandelt worden ist. Es ist nicht üblich gewesen, daß im „Reichsanzeiger“ „Bekanntmachungen“ erlassen werden, aus denen nicht zu ersehen ist, auf welcher gesetzlichen Grundlage sie sich aufbauen. Wir haben die Rechte des Reichstages zu wahren und dafür zu sorgen, daß wir nicht einen Fuß durchschießen lassen, der in Zukunft zu den unhaltbarsten Konsequenzen führen könnte. Bisher haben wir noch gar keine Kenntnis davon, wie das Reich im einzelnen seine Gaben ausgeschüttet hat. Nach den gewordenen Darlegungen kann man annehmen, daß es sich in der Hauptsache um die Abgeltung der Ricum-Lieferungen handelt.

Die großen haben ihre Sache weg, während bei den kleinen Werken, beim Mittelstand, bei den Angestellten und Arbeitern, von denen bisher überhaupt nicht die Rede gewesen ist, der Eindruck erweckt werden soll, daß sie geschädigt werden, wenn unser Antrag Annahme findet.

Unser Antrag bezweckt doch weiter nichts als die Vorlage eines Gegenentwurfs binnen wenigen Tagen, der uns die Möglichkeit gibt, auch die Kleinen zu entschädigen. Es ist geradezu unerhört, zu sehen, wie auf der einen Seite für die potente Ruhrindustrie — wie sie potent ist, kann man aus den Kurven der Welt infolge der Entschädigungen steigenden Aktien, erleben — Ricumsummen ausgeschüttet werden, während alle anderen, die Ansprüche an das Reich haben, wie die Vertriebenen, die Auslandsdeutschen, die durch die Liquidation der Kriegsschäden schwer benachteiligten Volksgenossen, die Rentner aller Art und viele andere noch ganz anderen Grundfällen mit Pleinamen abgefunden werden. Wir sind überzeugt, daß der Weg, den wir vorschlagen, der richtige ist. Wir verlangen volle Ausführung. Wir erwarten die Denkschrift und werden sehen, was darin steht und behalten uns vor, je nach ihrem Inhalt hier

im Reichstag einen Untersuchungsausschuß zu beantragen

(Lebhaftes Beifall bei den Soz.), der uns die Möglichkeit gibt, genau zu ersehen, wer etwas bekommen hat und wer nicht und wie bei der Festlegung der Höhe der Entschädigungen verfahren ist.

Der Kommunist Söcker weiß auch in dieser Situation nichts anderes zu tun, als dumme und freche Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten, obwohl die Sozialdemokratie durch ihren Brief an den Reichstanzler und ihre Anträge im Haushaltsauschuß die Aktion gegen den Finanzskandal des Rechtsblocks überhaupt erst begonnen hat. Er beantragt ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung.

Ministerialrat Weinholt (Ministerium für besetzte Gebiete) erläutert das Sonderverfahren für die Ruhrschäden, das zur Erstattung der Ansprüche infolge Beschlagnahme und sonstiger Schäden notwendig ist.

Ein Verteidiger erhebt der Reichsregierung in dem Abg. Dr. Moldenhauer (Dp.)

Dieser Abgeordnete, der in der letzten Sitzung des Reichstags die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wegen Mangel an Mitteln zu verhindern suchte, vertritt hier bei der Entschädigung der Ruhrindustriellen den Standpunkt, die Haltung der Regierung sei vollkommen einwandfrei gewesen. Die Ruhrindustrie habe ohne den vollen Ersatz ihrer Schäden ihre Existenz nicht aufrechterhalten können. Die Summen hätten bereits ausgezahlt werden müssen. Dagegen habe er allerdings nichts einzuwenden, daß die Regierung eine Denkschrift vorlege.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Der Mißtrauensantrag der Kommunisten sei verfrüht. Die Haltung der Regierung aber, das müßte er ausdrücken, mache einen kläglichen Eindruck. Mit sind unter keinen Umständen mit allgemeinen Redensarten zufrieden. Es ist unerhört, daß die Regierung, ohne eine Rechtsgrundlage zu haben, die Entschädigungszahlungen an die Großen vorgenommen hat, während die Kleinen und Mittleren nichts erhalten haben. Warum hat die Regierung nicht den Mut, genaue Zahlen zu nennen?

Nach diesem temperamentvollen Angriff sieht sich der Staatssekretär Fischer zur Antwort gezwungen. Er gesteht, daß die Regierung nicht den Mut habe, die Zahlen zu nennen und macht dann



# Herriots Schwarzseher-Rede.

## Der Stimmungsumschwung in Frankreich.

Der Vormarsch der deutschen Reaktion hat in Frankreich die Wirkungen ausgeübt, die vorauszu sehen waren. Herriots gestrige Rede gibt Zeugnis davon. Der Chef der radikalen Linken sieht seine Stellung bedroht, wenn er nicht den Ton gegen Deutschland ändert. So hat er der Stimmung des Landes Rechnung getragen und den Beweis zu führen versucht, daß die „Sicherheit Frankreichs“ bei seiner Regierung nicht weniger gut aufgehoben sei als bei einer innerpolitisch weiter rechts gerichteten. Dieser Versuch ist ihm gelungen, sein parlamentarischer Erfolg ist unbestritten, der Schock der auswärtigen Politik ist unberechenbar.

Die Masse des französischen Volkes lebt unter der Zwangsvorstellung, daß Deutschland insgeheim gewaltige Rüstungen betreibt, und daß ein deutscher Angriff in absehbarer Zeit wenn nicht wahrscheinlich, so doch möglich sei. Wir halten diese Vorstellung für lächerlich, können sie aber nicht einfach damit abtun, daß wir sie für lächerlich erklären. Es kommt eben bei solchen Vorstellungen nicht nur darauf an, ob sie richtig oder falsch sind, sondern darauf, ob sie vorhanden sind oder nicht. Sind sie vorhanden, dann wirken sie sich als politischer Faktor aus.

Wäre Herriot stärker als er ist, so hätte er beruhigend wirken und vor Uebertreibungen warnen können. Er ist aber selber in Uebertreibungen verfallen, die zurückzuweisen leicht ist. Er hat alle Rücksicht auf die Stimmung des französischen Volkes genommen und keine auf die Stimmung des deutschen, das eine solche Sprache aus solchem Munde nicht versteht. Er hat dem deutschen Rationalismus, den er bekämpfen will, Wasser auf die Mühle geleitet.

Die deutschen Reaktionäre haben aber kein Recht, sich zu beklagen, wenn man sie drüben ernst nimmt, als sie sich selber nehmen. In Wirklichkeit sind sie bereit, aus der gegebenen Lage die notwendigen außenpolitischen Konsequenzen zu ziehen, Erfüllung und Entwaffnungspolitik zu treiben, wenn sie nur in innerpolitischen und wirtschaftlichen Fragen entscheidenden Einfluß erhalten. Sie denken in Wirklichkeit eher an alles andere als daran, gegen Frankreich Krieg zu führen, und sie werden sich ganz gewiß nicht solange an der Macht halten, daß sie irgendwelche außerordentlichen Pläne, hätten sie solche wirklich, zur Ausführung bringen könnten.

Von einem deutschen Rechtskurs hat also das deutsche Volk sehr viel, das französische gar nichts zu fürchten.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Aber das ändert leider nichts daran daß man sie drüben anders sieht. Auch Herriot ist sicher nicht subjektiv unehrlich, wenn er schwarz malt. Auch für ihn ist die Vorstellung eines deutschen Rechtskurses mit der Vorstellung einer Kriegsgefahr untrennbar verbunden. Auch er steht unter dem Einfluß der wahnwitzigen Sprache, die die deutsche nationale Presse führt, er nimmt eben die Leute ernst, als sie selbst nehmen.

Wenn z. B. das führende deutschnationale Blatt „Vormarsch“, über „das raubgelle Franzosentum“ schreibt, über „Nichtwürdigkeit“, „Hundsgemeinheit“ des „jüdischen Sozi Herriot“ (Herriot ist weder Jude noch Sozialist), wenn es den Satz prägt: „Kampf gegen rechts ist Kampf für den Erbseind“, so denkt sich der Schmock in Stettin weiter nichts dabei, aber der französische Botschafter schickt das nach Paris, und dort hält man das für die Stimme eines deutschen Regierungsorgans und für ein gefährliches Symptom.

All diese Rederei und Schreierei führt zu nichts Gutem. Die Entente soll endlich genau sagen, was sie auf dem Gebiet der Entwaffnung noch will. Deutschland wird ihr entgegenkommen müssen, damit Köln geräumt wird. Die deutschen Nationalisten sollen das Maul etwas weniger weit aufreißen, und die Franzosen sollen sich beruhigen. Bände Mut auf der einen Seite, blinde Angst auf der anderen sind schlechte Berater, sie bieten in ihrem Zusammenspiel ein Bild, das lächerlich wirkt.

Es ist aber auch gefährlich!

Paris, 29. Januar. (Eigener Drohtbericht.) Im weiteren Verlauf seiner großen außenpolitischen Rede führte Herriot aus: Im Jahre 1913 habe Deutschland 50 000 städtische und 27 000 staatliche Polizeibeamte gehabt. Die nach dem Kriege geschaffene

### Sicherheitspolizei

sei eine vollkommen militärisch organisierte Streitmacht. In Boulogne seien die Alliierten vielleicht das Opfer eines deutschen Mandovors geworden, indem sie in die Erhöhung der Schutzpolizei auf 150 000 Mann einwilligten. Diese Schutzpolizei habe aber einen ausgesprochen militärischen Charakter behalten, die sogar Schützengemeinde habe und zum Kampf eingeeicht werde. Außerdem seien über die bewilligte Zahl hinaus 30 000 Polizeibeamte in den Bureaus angestellt. Alles in allem sei nicht zu bezweifeln, daß Deutschland aus einer städtischen Polizei eine militärische gemacht habe. Die Abrüstung werde ein leeres Wort bleiben, solange nicht auch hier der deutsche Militarismus unterdrückt worden sei. Hier fand der Ministerpräsident großen Beifall von der äußersten Linken bis zur Rechten. Die Sitzung wird unterbrochen, um dem Ministerpräsidenten eine Erholungspause zu gönnen.

Nach der Pause spricht Herriot von dem in Deutschland aufgefundenen

### Kriegsmaterial

das man nie genau habe nachprüfen können, weil die Bestandsliste beim Waffenstillstand nicht vorgelegt worden sei. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß noch viel Material verstreut sei. Der Ministerpräsident zählt dann mehrere Einzelfälle auf, wo den Entwaffnungsbestimmungen nicht nachgekommen sein soll. Dabei ist von Interesse, daß er erklärt, auch in den besetzten Kruppwerke sei nichts zur Entwaffnung geschehen. Frankreich strebe kein Wort des Hasses an, sondern es wolle nur seine Ruhe. Die Demokratien seien es sich schuldig, die Formen des Imperialismus und des alten preussischen Militarismus zu bekämpfen. Vor allem müßten die Seelen entwaffnet werden. Er glaube auch heute noch an das demokratische Deutschland, die letzten Wahlen seien der beste Beweis dafür. Bieleicht seien die Alliierten etwas zu leichtsinnig gewesen, als sie die

### Rückkehr des Kronprinzen

zu leicht nahmen. Die Völker hätten eine tiefe Empfindung für moralische Forderungen, und viele Menschen empfänden eben als unmoralisch, daß der Mann, der eine schwere Mitschuld an der Entwaffnung des Krieges trägt, das bequeme Leben eines Gentleman-Farmers führt, während vor einem Jahrhundert Napoleon auf einem einsamen Felsen sterben mußte. Die Alliierten müßten sich vorsetzen, daß in Bayern nicht einer von denen zur Macht zurückgelangt, die an den Schrecken des Krieges die schwerste Schuld haben.

Am Schluß der Rede wurde dem Ministerpräsidenten lebhafter Beifall und eine große Ovation zuteil.

# Das Bild als Warner.

Wie an dieser Stelle vor einiger Zeit berichtet wurde, haben die von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen unterstützten Bestrebungen der verschiedenen Berufsorganisationen, die leider noch viel zu häufigen Unfälle in den einzelnen Betrieben zu verringern, dazu geführt, durch einen bildlichen Warnungsdienst die Betriebsbesitzungen auf die Gefahren in den verschiedensten Betrieben hinzuweisen und darauf zu warnen.

Dieser bildliche Warnungsdienst ist im industriellen Ausland, insbesondere in den riesigen Industriezentren der Vereinigten Staaten, in umfassender Weise ausgebaut und da ein tatsächlicher, statistisch nachgewiesener Erfolg nach und nach diese Bestrebungen zur Unfallverhütung fruchtbar macht, will man dazu übergehen, ähnliche Warnungen und Mahnungen in Bildform auch für den Verkehr im besonderen für den durch das schnelle Wachsen der Anzahl der Kraftfahrzeuge sich immer schwieriger und gefährlicher gestaltenden Straßenverkehr zu schaffen. Die nötigen Schritte in dieser Richtung haben die in letzter Zeit unter Leitung und Führung einer Zentralstelle in Berlin, der Deutschen Verkehrsbehörde E. V., Berlin W. 8., in fast allen größeren Städten Deutschlands ins Leben gerufenen örtlichen Verkehrsbehörden getan, deren Zahl und Bedeutung durch Neugründungen noch ständig wächst. Diese Verkehrsbehörden, denen fast alle am Straßenverkehr irgendwie interessierten Vereine und Verbände — Automobil-, Motorrad-, Radfahrer- und Omnibusvereine, ferner Verkehrsvereine, Drochsenbesitzer- und Speditionsverbände, Straßenbahnen, Feuerwehren, städtische Fuhrparks usw. — angeschlossen sind, wollen in lokaler Art und Weise, gestützt auf eine reiche praktische Erfahrung in enger und ergänzender Zusammenarbeit mit den verschiedenen Verkehrsbehörden an der Lösung aller Verkehrsfragen mitwirken. Der vielseitige Straßenverkehr ist durch die fortwährende Steigerung des Kraftfahrzeugverkehrs zu einem Sorgenkind für alle beteiligten Kreise geworden. Zahlreich sind die Gefahren und Unfallmöglichkeiten, die er einschließt. Durch zahlreiche Verordnungen suchen die örtlichen Behörden die verkehrstechnischen Probleme im Straßenverkehr zu bewältigen. Die breite Masse der Straßenpassanten, nämlich das Fußgängerpublikum hingegen ist an seine Vorschriften gebunden und die Befehle und Anweisungen, die ihm über die zahlreichen Gefahren des Straßenverkehrs gegeben werden, sind recht gering und nicht wirksam genug. Insbesondere ist ein großer Teil der Unfälle im Straßenverkehr auf das unzweckmäßige Verhalten der Fußgänger zurückzuführen. Sehr häufig sind es spielende Kinder, aber auch Ermüdete, Frauen und Männer in der Vollkraft der Jahre, Personen jeden Alters, Standes und Geschlechts, die als Opfer dieser Unfälle schmerzhaft, entstellende Verletzungen und Verstümmelungen, sogar den Tod erleiden. Der Fußgänger muß sich nach und nach an die Beachtung gewisser Regeln im Straßenverkehr, an eine gewisse Disziplin gewöhnen. Diese Disziplin ohne Härte allen Leuten nach und nach anzuebnen, ist nichts so geeignet wie das Mittel der bildlichen Anschauung. Deshalb haben die Verkehrsbehörden einen öffentlichen Warnungsdienst für den Straßenverkehr in Form von Bildplakaten eingerichtet.

Dieser Warnungsdienst ist so organisiert, daß in kurzen Zeitabständen eine typische, mit dem Straßenverkehr zusammenhängende Situation nach guten künstlerischen Entwürfen in mehrfarbiger Plakatform zur Darstellung gelangt. Ein kurzgefaßter, schlagwortartiger Text enthält das Bild erläuternde Mahnungen, die sich allen leicht einprägen und den Eindruck der bildlichen Darstellung erhöhen. Die Bildplakate sollen an geeigneten Stellen — in öffentlichen Gebäuden, Schulen, Fabriken, Versammlungsräumen, Wartehäusern, Straßenbahnen, Omnibussen, an Bushaltestellen, Reklameflächen usw. — ausgehängt werden und durch die Häufigkeit ihrer Anbringung in ihrer Wirkung verstärkt, indem Beschauser eine eindringliche Warnung und Mahnung für sein Verhalten im Straßenverkehr übermitteln. In gewissen Zeitabständen soll ein Wechsel der Bilder stattfinden, so daß fortlaufend immer neue, leicht verständliche und eindringliche Warnungen und Ermahnungen die Straßenpassanten davor hinweisen, daß es unbedingt nötig ist, sich vorsichtig und überlegt auf den Straßen zu bewegen.

Die Ausführung der Bilder ist von der Zentralstelle Berlin der Verkehrsbehörde Düsseldorf, Düsseldorf, Alexanderplatz 4, übertragen worden, in deren Händen auch die Bildverteilung liegt. Die zeitliche Verteilung und zweckmäßige Anbringung der Bilder soll den örtlichen Verkehrsbehörden und Verkehrsbehörden überlassen bleiben.

## Kommunistische Revolverhelden.

### Neuer Ueberfall auf das Reichsbanner.

Als gestern Abend die Mitglieder des „Reichsbanner“ in Richtung von der Turnhalle nach Hause gingen, wurden sie an drei bis vier verschiedenen Stellen von kommunistischen Bänden überfallen. Ein kommunistischer Trupp von etwa 20 bis 30 Mann, mit Knäppeln und Schlagringen bewaffnet, fiel über vier Reichsbannerleute her. Diese mußten sich in das nächstgelegene Lokal retten, in dem noch ca. 15 Reichsbannerleute anwesend waren. Die Kommunisten, die inzwischen auf etwa 80 Mann angewachsen waren, folgten ihnen, zertrüßten die Fensterscheiben und warfen große Steine in das Lokal. Außerdem haben sie scharf geschossen. Die sofort alarmierte Streife der Schupo konnte mehrere Raufbolde festnehmen, die anderen hatten, wie üblich, den besseren Teil der Tapferkeit gewählt und hatten sich in ihre Schlupfwinkel zurückgezogen.

### Ein launiger Vereinsgründer.

Ohne Vorbild in der Berliner Kriminalgeschichte steht ein 25 Jahre alter Friseur Erich Sohan da, der jetzt von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Sohan wurde bereits im Jahre 1921 wegen erschuldener Südticketsvergehen verhaftet und zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe verließ er auf Vereinsgründungen, die ihm dazu dienten, an die Jugend heranzukommen. So rief er 6 „Jugendvereine“ ins Leben, zwei im Norden Berlins, einen am Oranienburger Tor, im Tiergartenort, im Hansaviertel und am Gartenplatz. Weitere Gründungen führten die Titel „Jugendverein für Kleingärtner“, „Märkische Jugendbühne“, „Wintersport- und Jugendverein-Nr. 1“. Dazu kamen Boykottvereine und dergleichen mehr. Im ganzen waren es, wie Sohan zugibt, 140 Vereinigungen. Dem Verhafteten wurden bisher 10 Südticketsverbrechen an Knaben unter 14 Jahren nachgewiesen. Die Eltern aller Mitglieder der Sohan'schen Vereine werden dringend ersucht, ihre Kinder einmal ins Gefängnis zu nehmen und bei Verdacht sofort mit ihnen Kriminalkommissar Ströme im Zimmer 302 des Polizeipräsidiums aufzusuchen.

### Unter Aufsicht der Öffentlichkeit.

In einem Waffenschließungsprozeß, der vor dem Potsdamer Schöffengericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Westermann gegen den Kaufmann Georg Semmelmann stattfand, wurde vom Staatsanwalt der Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit beantragt. Der Vertreter eines Berliner Anwalts, ein junger Referendar, brachte den Antrag ein, seiner Sekretärin den Aufenthalt im Gerichtssaal während der Verhandlung zu gestatten. Das Gericht

befahl, der Sekretärin nicht den Aufenthalt zu gestatten, auch die Presse mußte den Saal verlassen. In dem Prozeß handelt es sich um folgendes: Oberleutnant Arnold, der zum Stab des Infanterieregiments 9 in Potsdam gehört, hatte dem Auftrag, unbrauchbare Heeresbestände zu verkaufen. Er lernte den Angeklagten Semmelmann kennen, und dieser gab ihm zu verstehen, daß er für eine Reichsbehörde gegen Zahlung von Provision den Verkauf von Waffen zu vermitteln hätte, die aber nicht aus Reichswehrbeständen stammen dürften. Der Offizier meldete dieses Angebot sofort dem Kommandeur, und man ging zum Schluß auf alles ein. Oberleutnant A. suchte zu erfahren, wer die Reichsbehörde sei, doch weigerte sich der Angeklagte, den Namen zu nennen. Semmelmann wurde später in einer Konditorei in Potsdam verhaftet. Zu dem Prozeß sind vier Zeugen des Reichswehregiments geladen. Wir werden über das Urteil berichten.

## Fleisch zur Schweinefütterung? Ein Gegenstück zum Milchskandal.

Der Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Berliner Fleischversorgung 1924 kommt zu dem Ergebnis, daß die Versorgung der Berliner Bevölkerung gegenüber 1913 als unzureichend zu bezeichnen sei. Der Grund liegt in der ungenügenden Kaufkraft. Diese ungenügende Kaufkraft nötigt aber weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung, häufig auf die Anschaffung kostwertigen Fleisches überhaupt zu verzichten und als Ersatz sich auf die inneren Fleischteile (Lunge, Lutter, Herz usw.) zu beschränken. Dabei noch nicht das große Kontingent dieser in Betracht gezogenen, die, wie Sozialökonom, Ernährungs- und Schwerbeschädigte usw., auch an Fleisch milderer Art kaum denken können. Haben wir im Falle der Milch uns gegen den unerhörten Ankerpreis der Produzenten zu wenden, die ruhig muansehen, wenn ein erheblicher Teil der Milch in die Kanalisation wandert, so wird von den maßgebenden Schlachthofinteressenten erklärt, daß sie die sogenannten „Innereien“ meist auch bei einem Preise von 25 Pf. pro Pfund nicht los werden und daher an die Schweine verfüttern. Eine derartige Erklärung wurde gegenüber dem städtischen Ausschuss für die Schlachthöfe von einem Sprecher der Großschlachtereien Berlin abgegeben. Da auch hier, wie bei der Milch, leicht nachzuprüfen ist, daß man zu einem Preise, der in angemessenem Verhältnis zu dem eben zitierten Schlachthofpreise steht, diese Fleischteile nicht zu kaufen bekommt, so wäre die Analogie gegeben und zu folgern: die Iphese, Angebot und Nachfrage bestimmt den Preis, die volkswirtschaftliche Begründung der Profitwirtschaft wird ad absurdum — künstlich in beiden Fällen geführt.

Es entsteht die sehr naheliegende Frage: Können diese erheblichen Fleischmengen nicht mit Ausschüttung unnötigen Zwischenhandels zu angemessenen Preisen dem Konsum zugeführt werden? Zu erörtern wird vor allem auch sein, ob nicht ein Verbot der Verfütterung von Fleisch erfolgen könnte, das durch eine Organisation zu erträglichen Preisen der minderbemittelten Bevölkerung zuzuführen ist.

Eröffnung des Oram-Lichthauses. Vor einem großen Kreis geladener Persönlichkeiten, Vertreter der Reichs-, Staats- und Stadtbehörden wurde heute mittags das neue Oram-Lichthaus, über dessen Zweck, Wesen und Bedeutung wir im heutigen Morgenblatt eingehend berichtet haben, eröffnet. In dem großen Saal des Lichthauses begrüßte zunächst Dr. Reinhard, der Vorsitzende des Lichtklubs, die anwesenden Gäste. Direktor Jensen und Dr. Fink sprachen sodann das Nähere über die Aufgaben, die sich das Oram-Lichthaus gestellt hat. Diplomjurist Dr. Schneider hielt zum Schluß einen technischen Vortrag und machte verschiedene sehr interessante Experimente. Am Anschluß daran besichtigten die geladenen Gäste das Haus. Reichspräsident Ebert, der sein Erscheinen zur Eröffnung in Aussicht gestellt hatte, war verhindert und nicht gekommen.

Gegen den Abbau des Reichsbudgets für gewerbliche Räume veranstaltet der Gewerband der Reichs- und Geschäftsbetriebe am Freitag, den 29. Januar, nachmittags 5 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße (Stadthaus), eine Protestversammlung.

### Ein Subentwurf.

Kaiserhof (Kreis Gerdau), 29. Januar. (M.T.S.) Auf der Chaussee von hier nach dem benachbarten Ziemmerich haben jugendliche Verkehrler in Abständen von 15 Meter mehrere hintereinander Stachelndroh in 30 Zentimeter Höhe vom Erdboden quer über die Chaussee gesetzt. Ein abends spät die Chaussee entlassender Radfahrer kam zu Fall und erlitt die gefährliche Verletzung. Die angelegten Ermittlungen der zuständigen Obergendverteilung waren von Erfolg gekrönt. Die Täter sind zwei junge Burken aus Ziemmerich.

Begrüßung auf der Moselbahn. Auf der Straße der Moselbahn zwischen Dehem und Mehring ereignete sich in der Nacht zum 28. ein großer Begrüßung. Ein Personenzug stieß auf die schweren Gesteinsmassen, so daß die Lokomotive stark beschädigt wurde und engeleiste Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Reichsbanner-Schwindler in Schlesien. Aus Schlesien wird uns berichtet: Es wird vor zwei Schwindlern gewarnt, die in einigen Orten in Schlesien auftauchen und bei Geschäfts- und Privatleuten, angeblich für das „Reichsbanner“ oder für eine republikanische Zeitung Geld sammeln. Es ist den Schwindlern auch gelungen, hier und da Geldbeiträge zu erhalten, ohne daß sie irgendwelche Legitimation oder Vollmacht vorlegen konnten. Da anzunehmen ist, daß diese Personen ihren „Wirtungsfreis“ auch nach anderen Gauen oder Provinzen vorlegen, wird gewarnt und ersucht, sofern die Schwindler irgendwo auftreten, diese polizeilich feststellen zu lassen. Die beiden Personen sind unternehmer Natur, circa 28 bis 34 Jahre alt und sprechen sächsischen Dialekt.

Im Flugzeug über den Himalaja. Den englische Flieger Ellen Cobham ist noch einem erfolgreichen Erkundungsflug über den Himalaja nach Kollutta zurückgekehrt. Hierbei war es bis zu einer Höhe von 15 000 Fuß (circa 4500 Meter) aufgestiegen.

Schneesturm über New York. Ein Schneesturm von großer Heftigkeit ist über New York und Umgebung niedergegangen und führte einen starken Temperaturfall herbei. Die Straßen sind fast 10 Zentimeter hoch mit Schnee bedeckt. Die Stadtverwaltung hat 16 000 Arbeiter mit der Reinigung der Straßen beschäftigt. In dem nördlichen Teil des Staates New York wurde eine Temperatur von 23 Grad unter Null verzeichnet. Eine neue Kollisionskatastrophe wird angekündigt. Die Flüsse führen große Eisblöcke.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Rubrik sind: 1. Die an das Postfach 1000, 2. Die an das Postfach 1000, 3. Die an das Postfach 1000.

136. Abt. Postfach 1000, Berlin, Friedrichstraße, 1000. 136. Abt. Postfach 1000, Berlin, Friedrichstraße, 1000.

### Jugendveranstaltungen.

Abend. Abt. Postfach 1000, Berlin, Friedrichstraße, 1000. 136. Abt. Postfach 1000, Berlin, Friedrichstraße, 1000.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. 136. Abt. Postfach 1000, Berlin, Friedrichstraße, 1000. 136. Abt. Postfach 1000, Berlin, Friedrichstraße, 1000.

